

Anzeiger“ ist eine seriöse Zeitung. Wenn Sie das anders sehen, müssen Sie uns das sagen. Dort steht:

„Den Ausbau des Bundesverwaltungsamtes in Köln zu einer neuen Abhörzentrale für Geheimdienste und Polizei lehnt der nordrhein-westfälische Innenminister Ingo Wolf (FDP) vehement ab. Eine ‚geheime Staatspolizei‘ müsse vermieden werden.“

Und so weiter und so fort. Das sind klare Aussagen. Wenn Sie sagen, das haben Sie alles so nicht gesagt, dann würde ich mich an Ihrer Stelle an den „Kölner Stadt-Anzeiger“ wenden. Dann erwarte ich von Ihnen hier aber auch eine Gegendarstellung. Die ist nicht erfolgt. Sie haben keine Gegendarstellung gemacht.

(Ralf Witzel [FDP]: Absurd!)

Die ist nicht abgedruckt worden. Von daher sage ich noch einmal: Dieser Aussage von Ihnen stimmen wir heute ausdrücklich zu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Düker. – Herr Innenminister, Sie haben noch einmal das Wort.

(Zuruf von den GRÜNEN: Jetzt kommt der böse Wolf!)

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Auch im zweiten Anlauf wird es nicht besser. Frau Düker, ich habe ganz deutlich gesagt, dass diese Äußerung in einer nicht abgestimmten Fassung herausgegeben worden ist. Das habe ich Herrn Schäuble so mitgeteilt. Damit ist der Fall erledigt.

Ich brauche Ihre Unterstützung nicht in diesem Fall und auch nicht in anderen Fällen. – Ich bitte einfach nur darum, dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zum Abstimmung. Wir stimmen erstens ab über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/6959**. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Deshalb kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Hand-

zeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP. Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/7056**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist dieser Entschließungsantrag **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

14 Gesetz zur Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen (3. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6678

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Drucksache 14/6978

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7047

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7048

zweite Lesung

Ich eröffne über all diese Anträge die Beratung und gebe als erstem Redner Klaus Kaiser von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf dem Weg zum Rednerpult habe ich gerade zum ersten Mal Fraktionszwang empfunden, nämlich insoweit, als die Hinweise auf das anstehende Fußballspiel jetzt doch ein bisschen vehementer werden.

(Beifall von der SPD)

Von daher habe ich auch versprochen, jetzt nicht zu lange zu reden.

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Berliner Rede im Jahre 2008 vor wenigen Tagen aus meiner Sicht etwas sehr Wichtiges und für alle von uns vielleicht auch Maßgebendes gesagt:

„Deutschland braucht ein Klima der Begeisterung und der Anerkennung für Bildung. Es soll ein Land werden, in dem alle Lernen lernen, neugierig bleiben und sich ein Leben lang weiterbilden. Es soll ein Land werden, in dem Bildung auf Respekt stößt und das Bemühen um Bildung auf Anerkennung und Hilfe.“

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn ich mir ansehe, welche bildungspolitischen Themen Sie heute an den Tag gebracht haben, dann muss ich feststellen: Sie sind schon ziemlich weit rückwärts gewandt. Sie gehen eigentlich nicht nach vorne.

An das Thema, das wir jetzt zu beraten haben, nämlich das Gesetz zur Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen, gehen Sie auch eher rückwärts gewandt heran. Ihre Äußerungen im Rahmen der Anhörung und der Beratungen im Ausschuss machen deutlich, dass Sie die Chance nicht wahrnehmen, hier vielleicht gemeinsam nach vorne zu gehen, weil es wichtig ist: Gute Schulen sind selbstständige Schulen.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Sie gehen diesen Weg nicht mit. Das ist aus meiner Sicht ein Stück weit bedauerlich.

Im Gesetz ist die Funktion des Schulleiters als Dienstvorgesetzter geregelt. Deutlich geworden ist und deutlich wird: Schulleitungen müssen Führungsverantwortung übernehmen. Schulleitung ist künftig noch stärker auf die pädagogische Führung der einzelnen Schule gerichtet. Dazu brauchen wir entsprechende Unterstützung seitens des Landes. Dazu müssen wir auswerten, was der Versuch „Selbstständige Schule“ ergeben hat. Dazu gibt es auch keine Alternative. Wir flankieren das mit entsprechenden Maßnahmen.

Wir haben den zweiten Bereich, dass wir zu einer neuen Gesprächskultur innerhalb der Schule kommen, indem die Lehrerräte Aufgaben der Personalräte übernehmen und damit in die Gesamtführung der Schule noch viel stärker eingebunden werden und dort natürlich auch ihre Rechte als Beschäftigte wahrnehmen.

Wichtig ist in dem Zusammenhang, dass dies nur der Einstieg ist, um das anspruchsvolle Projekt der eigenverantwortlichen Schule in der Fläche umzusetzen. Frau Schäfer, Sie neigen ja immer dazu, zu sagen, das sei ein guter Modellversuch gewesen. Das will ich gar nicht in Zweifel ziehen. Das Problem dabei ist, dass Sie den Modellversuch isoliert betrachten. Die eigentliche Herausforderung steht aber in den nächsten Jahren an,

(Beifall von der CDU)

nämlich diesen Modellversuch auf 6.000 Schulen zu übertragen. Das ist das anspruchsvolle Ziel, was wir verfolgen. Dabei machen Sie nicht mit. Sie gehen in das übliche Geplänkel von Opposition und in Polemik über. Das wird Sie nicht weiterführen.

Aus unserer Sicht ist es in dem Zusammenhang wichtig, dass die Schulministerin Frau Sommer – dafür danke ich ihr sehr – in ihrer letzten Pressekonferenz in der vergangenen Woche deutlich gemacht hat, in welche Richtung es geht. Es geht nämlich in die Richtung, dass die Schulen wesentlich mehr Innovationsfähigkeit selbst entwickeln können. Es ist angedacht, dass dann, wenn irgendwo im Land ein Schulversuch genehmigt worden ist, dieser von anderen Schulen übernommen werden kann. Das ist ein hervorragender Beitrag zur Entbürokratisierung und zur Schulentwicklung und zur Qualitätsentwicklung von Schule.

(Beifall von der CDU)

Das sind einige Beispiele, an denen deutlich wird, dass es eine ganz neue Kultur der Schule geben wird. Zu diesem Weg gibt es aus unserer Sicht keine Alternative.

Bei der Schaffung von mehr Freiräumen geht es vor allem um mehr Unterrichtsfreiheit und um mehr Qualität im Unterricht, um besseren Unterricht zu erreichen.

Dass Sie heute natürlich besonders schlecht drauf sind und dass Sie vielleicht anfangen, gelegentlich an Kleinigkeiten herumzumäkeln, liegt daran, dass Sie natürlich nicht gut damit leben können, wenn heute in den meisten Zeitungen zu lesen ist, dass es 1.831 zusätzliche Stellen gibt. Auch das macht deutlich, dass Bildung in dieser Koalition oberste Priorität hat. Es ist richtig, mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.

Die nötige Freiheit wird dafür sorgen, dass unsere Bildungspolitik erfolgreich ist. Dafür ist dieser Gesetzentwurf ein hervorragendes Beispiel. Er ist ein Mosaikstein im Gesamtsystem. Wenn Sie diesen Mosaikstein nicht aufnehmen, müssen wir eben für die positive Entwicklung des Bildungssystems die Verantwortung alleine übernehmen. Sie geben damit eine gute Chance auf, bei der Qualitätsentwicklung dabei zu sein. Das ist bedauerlich.

Wir freuen uns darauf, wenn dieser Gesetzentwurf gleich die Mehrheit findet. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Kaiser. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Link.

Sören Link (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bin Fußballfan und möchte sehen, wie unsere Mannschaft heute Abend weiterkommt. Deshalb versuche ich auch, mich so kurz wie möglich zu fassen.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Dennoch möchte ich mir nicht nehmen lassen, einige Punkte anzusprechen, die wirklich bedeutsam sind.

Ich möchte mit Konsens und Gemeinsamkeit beginnen. Ich stimme Herrn Kaiser ausdrücklich zu. Herr Kaiser hat gerade gesagt, gute Schulen seien selbstständige Schulen. Das ist völlig richtig. Damit gehe ich d'accord. Herr Kaiser hat gerade sehr viele Punkte aufgeführt, wie Schule besser werden kann und wo Schule besser werden muss. Ich stimme Herrn Kaiser in nahezu allen Punkten zu.

(Werner Jostmeier [CDU]: Klasse!)

– Jetzt loben Sie ruhig; das ist völlig richtig. – Das Problem besteht nur in Folgendem: Von all diesen Punkten steht nichts in dem Gesetzentwurf.

(Zurufe von der CDU)

Herr Kaiser, aber über diesen Gesetzentwurf reden wir jetzt. Nichts davon steht darin. Dieser Gesetzentwurf, der extrem kurz ausgefallen ist, enthält nur zwei Punkte.

Ich gestatte mir aber dennoch, mit dem Gesetzentwurf anzufangen: Sie wollen mit ihm die Eigenverantwortung von Schule stärken. So lautet die Überschrift. Wenn man in den Gesetzentwurf hineinschaut, entdeckt man, dass Sie genau zwei Punkte behandeln, aber nichts von dem, was Sie gerade gesagt haben.

Erstens. Sie machen alle Schulleiter zum Dienstvorgesetzten.

Zweitens. Sie stärken die Stellung des Lehrerrates und installieren einen solchen. Das ist völlig richtig. Dafür haben Sie die volle Unterstützung der SPD und, wie ich das verstanden habe, auch der Grünen. Auch die SPD will, dass alle Schulleiterinnen und Schulleiter künftig Dienstvorgesetzte werden und einen starken Lehrerrat an ihrer Schule bekommen. So weit zu den Gemeinsamkeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition.

Was Herr Kaiser aber gerade als schulpolitischen Meilenstein angekündigt hat, ist eben kein solcher, sondern letztlich billiger Etikettenschwindel.

(Christian Weisbrich [CDU]: Er hat so nett angefangen!)

Es ist deshalb ein Etikettenschwindel, weil der Inhalt des Gesetzes nicht annähernd das hält, was der Titel verspricht, und billig deshalb, weil Sie Ihre Party auf Kosten Dritter feiern. Das machen Sie gerne und öfter. Beim KiBiz ist es zum Beispiel ähnlich gegangen. Es scheint mittlerweile ein Markenzeichen von Ihnen zu sein.

Zu allem Ärger für die Schulen kommt die Einladung zu Ihrer fragwürdigen Party allerdings auch noch auf dem letzten Drücker. Sie hatten zwei Jahre Zeit – seit dem Jahre 2006 gilt das Schulgesetz –, aber Sie legen erst wenige Wochen vor dem neuen Schuljahr diesen Gesetzentwurf vor. Kurz vor dem Zeitpunkt, wo der Schulleiter Dienstvorgesetzter werden soll, legen Sie diesen äußerst dünnen Gesetzentwurf vor.

Aber selbst das kriegen Sie nicht richtig hin. Die Landesregierung hat es nicht fertiggebracht, selber einen Gesetzentwurf einzubringen. Die Koalitionsfraktionen mussten einspringen. Die mussten dafür sorgen, dass keine Verbändebeteiligung stattfindet, damit der Gesetzentwurf zum 1. August 2008 in Kraft treten kann.

Ich finde, dies ist für einen solchen zentralen Aspekt der Schulpolitik – da gebe ich Herrn Kaiser wieder ausdrücklich Recht – ein mehr als fragwürdiges, ja sogar ein unwürdiges Verfahren.

Sehen wir uns einmal den Inhalt des Gesetzentwurfes näher an. Er enthält zwei Punkte, nämlich den Schulleiter als Dienstvorgesetzten und den Lehrerrat.

Schulleitungen bekommen als Dienstvorgesetzte neue Aufgaben. Welche, das wussten Sie bis vor zwei Tagen nicht. Jetzt wissen Sie es. Die Ministerin hat auf einer Pressekonferenz einen Erlass angekündigt. Der steht auf der Homepage. Am 17. Juni steht dieser Erlass auf der Homepage, obwohl es diesen Erlass – das sollte auch Ihnen zu denken geben, meine Damen und Herren von den Regierungskoalitionen – seit Anfang Mai gibt. Jetzt weiß ich nicht, ob Sie diesen Erlass schon kannten; ich kannte ihn nicht. Die Schulen kannten ihn mit Sicherheit auch nicht. Er wird am 17. Juni veröffentlicht, obwohl es ihn seit dem 7. Mai gibt. Ich finde, das ist schon ziemlich starker Tobak und recht unfair den Schulen gegenüber, die sich jetzt im Hoppla-di-hopp-Verfahren

an die neuen Aufgaben gewöhnen und sich mit den neuen Aufgaben vertraut machen müssen.

Die Schulen sollen seit 2006 eigenverantwortlich sein. Erst jetzt, Mitte 2008, schaffen Sie es, die paar Regelungen aus der VOSS, um die es eigentlich nur geht, endlich abzuschreiben und in einen neuen Erlass zu gießen – sechs Wochen vor Beginn des neuen Schuljahres, in dem es losgehen soll!

Schulleiter bekommen als Dienstvorgesetzte neue Aufgaben. Nur entsprechende Fortbildung und Unterstützung bekommen Sie nicht. Das war einer der Meilensteine, eine der zentralen Säulen beim Modellvorhaben Selbstständige Schule: vorherige Unterstützung und Fortbildung, damit die Schulen und ihre Schulleiter in der Lage sind, das umzusetzen; denn dafür sind sie bisher gar nicht ausgebildet. Die Fortbildung, die Unterstützung gewähren Sie den eigenverantwortlichen Schulen jedenfalls nicht.

(Christian Weisbrich [CDU]: Herr Link, Sie wollten sich kurz fassen!)

Schulleitungen bekommen neue Aufgaben als Dienstvorgesetzte, nur eine entsprechende Entlastung bekommen sie dafür nicht. Sie bekommen keinerlei zusätzliche Entlastung, sollen aber zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Mein Zwischenfazit ist: vom Ansatz her gut und richtig – vom Ergebnis her mangelhaft. Sie lassen die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen im Regen stehen.

Schauen wir uns nun die Lehrerräte an – hier gilt dasselbe wie bei den Schulleitungen: Sie bekommen keine Fortbildung, sie bekommen keine Unterstützung, sie bekommen keine Entlastungsstunden. Das ist ein Aspekt, den man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen sollte.

Die Ministerin sagt im Schulausschuss, sie sollen sich aus dem Topf, der den Schulen zur Verfügung steht, bedienen. Das wird in der Lehrerkonferenz entschieden. – Das muss man sich mal vor Augen führen: Da muss der neugegründete und installierte Lehrerrat in die Lehrerkonferenz gehen und die Kollegen dort bitten, ihm aus deren Topf etwas abzugeben, damit er seine Arbeit aufnehmen kann. Damit wird Lehrern, die zum Beispiel Aufgaben als Korrekturfachlehrer übernehmen und dafür eine Entlastung bekommen, etwas weggenommen, damit der Lehrerrat mit seiner Arbeit beginnen kann. Ich finde, das zeigt, welche Bedeutung, welche Wertschätzung diese Koalition aus FDP und CDU der Mitbestimmung gegenüber aufbringt.

Letzter Punkt zum Thema Lehrerrat: Sie tun so, als wenn Sie dies freiwillig täten, als wenn es Ihre Idee wäre, Lehrerräte zu stärken und zu installieren. Das Gegenteil ist der Fall: Sie reparieren mit diesem Gesetzentwurf nur eigene handwerkliche Fehler, schlampiges Arbeiten beim Schulgesetz.

(Beifall von den GRÜNEN)

– Da ist Applaus angebracht! – Das wurde bereits 2006 von Prof. Battis im Auftrag der GEW festgestellt. Aber auch dazu fehlt Ihnen leider die Größe: das wenigstens anzuerkennen und zuzugeben. Auch hier mein Zwischenergebnis: Ansatz gut – Ergebnis mangelhaft.

Unterm Strich zum Gesetzentwurf: Für die 280 selbstständigen Schulen bedeutet dieser Gesetzentwurf einen gewaltigen Rückschritt; denn sie erhalten weniger Freiheiten als bisher. Sie nehmen diesen Schulen ihre Selbstständigkeit, anstatt ihnen die Eigenverantwortung zu geben.

(Ute Schäfer [SPD]: Das stimmt!)

Für alle anderen Schulen bedeutet dieser Gesetzentwurf, dass sie zusätzliche Aufgaben, aber keine zusätzliche Entlastung erhalten. Es gibt keine Idee, kein vorbereitetes Verfahren, wie das Ministerium die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben sichern und in die Fläche transportieren will.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Link, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Kaiser. Möchten Sie diese zulassen?

Sören Link (SPD): Bitte sehr. Selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Kaiser.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Herr Kollege Link, ich lausche Ihrer Rede mit Aufmerksamkeit.

(Zuruf von der SPD: Mit Begeisterung!)

– Mit Begeisterung ist sehr schwer. – Ich habe folgende Frage: Sie haben davon gesprochen, dass die Freiheit der einzelnen Schule wieder eingeschränkt wird. – Was wird ihnen im Rahmen der Überführung von der selbstständigen Schule in die eigenverantwortliche Schule weggenommen? Was ändert sich für die Modellschulen?

Sören Link (SPD): Das kann ich Ihnen gerne sagen. Darauf wäre ich gleich ohnehin noch zu sprechen gekommen. Ich will es einmal am Beispiel der Kapitalisierung verdeutlichen. Die Kapitalisierung ist zukünftig nicht mehr möglich. Stattdessen gibt es einen Erlass.

(Klaus Kaiser [CDU]: Kann ich meine Frage konkretisieren?)

– Ja bitte, gerne. Ich komme aber gleich eh noch darauf zu sprechen.

Klaus Kaiser^{*)} (CDU): Die Kapitalisierung ist insbesondere von Lehrerverbänden kritisiert worden: weil es zu ungleichen Verfahren gekommen ist. Das heißt, es gibt ja nun kein Kapital mehr. Die Flexibilität, verschiedene Berufe einzustellen, ist dadurch aber nicht beschränkt. Das ist also sicherlich ein schlechtes Beispiel.

Sören Link (SPD): Ich habe nicht gesagt, dass die Kapitalisierung im Modellvorhaben fehlerlos war. Man muss das Modellvorhaben auch an dem Punkt vernünftig auswerten. Es ist den Schulen jetzt aber nicht mehr möglich, die Stellen, die sie vom Land bekommen, zu kapitalisieren und entsprechend ihrem Bedarf einzustellen. Das Ministerium gibt vielmehr Vorgaben, welche Berufe sie einzustellen haben. Diese Vorgaben haben es in sich. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Ich halte fest: Es gibt keine Vorbereitung für das notwendige Backoffice bei den Bezirksregierungen; auch das wäre eine notwendige Voraussetzung. Ganz im Gegenteil: Es gibt keine Stellenpläne an den einzelnen Schulen usw. Das ist unterm Strich sehr mager, meine Damen und Herren.

Mager ist auch die Definition von Eigenverantwortung, die Sie haben. Sie reden ständig von Eigenverantwortung und tun so, als wenn das etwas wäre, worüber sich die Schulen freuen oder freuen sollten. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren: Weder Schulen noch Schulträger freuen sich über die Eigenverantwortung, die Sie meinen, wenn Sie über Eigenverantwortung sprechen.

Wo ist denn beispielsweise die Eigenverantwortung von Schule, wenn eine Schule sagt: „Ich möchte dieses Instrument Kopfnote nicht, ich habe ein anderes, ein besseres Instrument, ich habe möglicherweise jahrelang ein solches Instrument entwickelt“? Wo kann diese Schule eigenverantwortlich entscheiden, dass sie es nicht möchte?

Wo ist die Eigenverantwortung der Schulträger, die beispielsweise sagen: „Wir möchten selber festlegen, ob wir Schuleinzugsbezirke haben, wie sie aussehen, ob wir sie abschaffen oder beibehalten“? Wo ist deren Eigenverantwortung als wichtiger Partner im Bildungsbereich?

Ich sage Ihnen: Weder die Schule noch der Schulträger haben diese Möglichkeiten. Das sind zwei kleine Beispiele, die eines ganz deutlich machen: Sie reden viel von Eigenverantwortung an und für Schulen, aber Sie machen das genaue Gegenteil. Sie regeln jedes noch so kleine Detail.

(Beifall von Ute Schäfer [SPD])

Ich komme nun zu dem Erlass zur Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit, den Sie gerade angesprochen haben. Lesen Sie sich den mal durch! Es ist eine Bleiwüste auf sieben Seiten. Der Erlass regelt wirklich alles; alles, was erdenklich ist in diesem Bereich, wird da geregelt. Ich habe nur die Farbe der Socken vermisst, die jemand tragen muss, wenn er zum Bewerbungsgespräch kommt. Ansonsten steht da wirklich alles drin. Das ist keinerlei Eigenverantwortung, das ist erst recht keine Selbstständigkeit. Das ist bürokratisches Klein-Klein.

Wem das immer noch nicht reicht, der kann sich ja mal den seit zwei Tagen im Netz befindlichen Runderlass, den Frau Ministerin auf der Pressekonferenz angekündigt hat, zu Gemüte führen. Der hat es ebenfalls in sich, allerdings wiederum nicht im positiven Sinne für Schule oder gar Schulentwicklung. Liest man sich den Runderlass durch, dann stößt man unter anderem auf die Schulentwicklungskonferenzen. Derer soll es anscheinend drei im Lande geben, besetzt mit acht Vertretern aus dem Schulministerium und der Schulaufsicht sowie zwei Vertretern der kommunalen Spitzenverbände.

Wenn Sie sich jetzt fragen, wo da mal die Schulen auftauchen, kann ich Ihnen sagen: Auch ein Vertreter der jeweiligen Schulform darf anwesend sein. Abstimmen darf er allerdings nur, soweit seine eigene Schulform betroffen ist. Lehrer, Eltern oder Schüler finden sich in diesen Konferenzen nicht wieder. Was machen diese Konferenzen? Sie begutachten, sie bewerten, sie geben Impulse. Entscheiden dürfen diese Konferenzen aber nicht. Das darf wiederum nur das Ministerium.

Ich finde, der ganze Erlass wird durch eine Kultur des Misstrauens gegenüber Schule, gegenüber schulischer Selbstständigkeit geprägt. Dazu möchte ich Ihnen ein Zitat der Frau Ministerin vorlesen, das mich persönlich sehr beeindruckt hat, aber vor diesem Hintergrund deutlich an Wert verliert. Frau Ministerin hat auf der Pressekonferenz am Dienstag gesagt:

„Ziel ist es, nicht von oben, sondern von der Schulbasis her unser Schulsystem fortzuentwickeln.“

Das ist ein völlig richtiger Ansatz. Denken Sie bitte an dieses Zitat, und lassen Sie sich dabei einmal beispielhaft das Verhältnis von Schulleitung und Schulaufsicht bei den Schulentwicklungskonferenzen in diesem Runderlass auf der Zunge zergehen! Ein Schulleiter darf abstimmen, soweit seine Schulform betroffen ist. Ansonsten sitzen ihm acht Vertreter der Schulaufsicht gegenüber. Dieses Gremium darf noch nicht einmal entscheiden, sondern letztlich darf es dem Ministerium nur Vorschläge unterbreiten. Ich finde, so richtig das politische Ziel von der Ministerin formuliert worden ist, so falsch und so mangelhaft ist die politische Umsetzung durch Regierung und Koalition.

Fazit des Wortbeitrags: Aus dem Modellvorhaben „Selbstständige Schule“ haben wir alle in den letzten sechs Jahren eine Menge lernen können. Einige haben auch eine Menge gelernt, nur die Damen und Herren von CDU und FDP offensichtlich nicht.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

– Lachen Sie nicht! –

(Ralf Witzel [FDP]: Albern!)

Denn wer wider besseres Wissen einen so unzureichenden Gesetzentwurf – um den geht es heute – vorlegt, wer Schulleitungen und Lehrern neue Aufgaben überträgt, ohne sie darauf vorzubereiten, sie dabei zu unterstützen und sie dafür zu entlasten, und wer im Jahr 2008 Eigenverantwortung sagt, aber Detailsteuerung praktiziert, der hat entweder nicht verstanden, worum es bei Selbstständiger Schule geht, oder er hat nicht die Kraft und den Willen, daraus die richtigen Konsequenzen für alle Schulen zu ziehen,

(Ralf Witzel [FDP]: Keine Schule der Beliebigkeit!)

Herr Witzel. Ihr Credo „Eigenverantwortlichkeit für alle, aber wir sagen genau, wie die auszusehen hat“, ist falsch. Eine solche Eigenverantwortlichkeit bringt den Schulen im Lande nichts. Deswegen lehnt die SPD diesen Gesetzentwurf als unzureichend ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Link. – Für die FDP spricht nun Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Link, Eigenverantwortung Ja, ein volles Bekenntnis dazu, a-

ber keine Beliebigkeit. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Abweichungen von einer Leistungsbewertung und anderen Dingen gegenüber anderen Schulen sowie Schülerinnen und Schülern wären in hohem Maße unfair und deswegen nicht hinnehmbar.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Deswegen führen wir an der ein oder anderen Stelle bei allem Guten, was es an Erfahrung gegeben hat, ein paar andere Dinge ein, als Sie sich das vorstellen. Wir halten es aber für richtig und wichtig, eine Vergleichbarkeit herzustellen und Dinge nicht treiben zu lassen. Eigenverantwortung Ja, aber, wie gesagt, keine Beliebigkeit.

Bis 2012 wollen wir das in der Fläche umsetzen, was sich am Modellprojekt „Selbstständige Schule“ als sehr positiv erwiesen hat. Dabei – ich möchte es noch einmal betonen – ist dieser Gesetzentwurf ein Baustein. Das wissen Sie doch auch genau. Der Gesetzentwurf regelt zwei Dinge, die tatsächlich im Rahmen eines Gesetzes geregelt werden müssen, nämlich die Dienstvorgesetzteigenschaften der Schulleiter und die Implementierung der Lehrerräte.

Die weiteren wichtigen inhaltlichen Punkte der Eigenverantwortung der Schulen werden auf dem Erlassweg eingeführt. – Sie haben den Erlass bereits gelesen, Herr Link. – Daher sind die Entschließungsanträge der SPD und der Grünen ebenso sinnlos wie überflüssig.

Meine Damen und Herren, ich will einen Punkt herausstellen, der auch mir ein Anliegen ist, was vielleicht möglich wird. Vorgestern hat Frau Sommer, unsere Schulministerin, in einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, dass in Zukunft vielleicht besonders begabte Schüler in der zehnten Klasse oder zu einem anderen frühen Zeitpunkt in der Oberstufe in dem Fach ihrer besonderen Stärke das Abitur ablegen könnten. Auf diese Weise hätten sie die Möglichkeit, bereits parallel zur Oberstufe ein Grundstudium zu beginnen oder in die Universität hineinzuschnuppern. Ich setze mich schon lange für diese innovativen Möglichkeiten ein

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

und begrüße diesen Vorstoß sehr. Das ist ein Nach-vorne-Blicken, wirklich innovativ. Ich hoffe, dass wir das so umsetzen können: es der Eigenverantwortung der Schulen, aber auch den Fähigkeiten und Wünschen der Schülerinnen und Schüler zu überlassen, ob sie in einzelnen Bereichen

schneller und zügiger voranschreiten können und wollen. Können ist die Voraussetzung dafür. Dann können Sie sich sehr früh auf den Weg machen und parallel zur Oberstufe in ein Studium hineinschnuppern. Ich finde das ganz hervorragend.

Wenn die Opposition die Abschaffung der Kapitalisierung von Stellen kritisiert, möchte ich nur auf die Sozialarbeiterstellen hinweisen, die früher, zu Ihrer Verantwortungszeit, befristet waren. Die Koalition hat dieser Befristung ein Ende gemacht. Wir haben die Stellen in feste Anstellungen umgewandelt und damit die wichtige Aufgabe der Schulsozialarbeit in den Schulen deutlich gestärkt. Das ist ein großer Erfolg. Eine solche Stärkung der Schulsozialarbeit ist unter Rot-Grün weder möglich noch gewollt gewesen.

Mit den nun festgelegten Regelungen können auch nichtpädagogische Professionen in die Schulen kommen, wenn die Schulen es für sich als notwendig erachten.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Pieper-von Heiden, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Link.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Nein, ich möchte weitermachen, gehe aber gerne zum Schluss darauf ein. – Die Entscheidungen, ob man zukünftig zum Beispiel einen Sozialarbeiter an der Schule benötigt, kann an der Schule selbst entschieden werden. Ich halte das für einen großen Fortschritt. Dadurch wird die Kompetenz zur Einstellung dort getroffen, wo man entscheiden und bewerten kann, was für die Schule Sinn macht. Diese Dezentralisierung verbindet eine Vereinfachung des Systems mit der Realität vor Ort.

SPD und Grüne behaupten in ihren Entschliessungsanträgen, dass die Politik der FDP/CDU-Koalition den Mangel an Schulleitern verstärke. Das ist hanebüchen. Es ist die Koalition, die nun die 18-monatige Beförderungssperre für die Schulleiter und die Stellvertreter mit sofortiger Wirkung abschafft. Auch das haben die Sozialdemokraten und die Grünen jahrelang nicht geschafft. Wir verbessern die Rahmenbedingungen dieser schulischen Leitungspositionen und sorgen dafür, dass zukünftig Schulleiterstellen und die Stellen der Stellvertreter durch verbesserte Anreize leichter besetzt werden. Die Behauptungen der Oppositionsparteien sind alsobarer Unsinn.

Auch erleichtern wir zukünftig die zügige Besetzung freiwerdender oder zusätzlich geschaffener Lehrerstellen. Schritt für Schritt werden wir umsetzen, dass die Stellen bald wöchentlich ausgeschrieben werden können. Ein solcher Schritt ent-

lastet die Schulen massiv und führt zu einer schnelleren Besetzung der Stellen – zum Wohle der Schüler und der Lehrkräfte.

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, nach dem gestrigen Tag und den heutigen Zeitungsmeldungen müssten Sie sich eigentlich verstecken. Würden SPD und Grüne dieses Land heute regieren, so würden wohl Tausende von Lehrerstellen gestrichen. Frau Schäfer, in Ihrer Verantwortung haben Sie gesagt, dass bis 2012/2013 – um einmal eine Ziffer zu nennen – 16.000 Stellen gestrichen werden sollen. Da haben Sie einen aus Ihrer Sicht erfolgreichen Schmusekurs mit dem damaligen Finanzminister hingelegt. Im „Länderspiegel“ – mit Erlaubnis der Präsidentin darf ich zitieren – steht:

„Bis zum Abiturjahrgang 2012/2013 werden nach Angaben der Landesregierung allein an den Gymnasien 12.000 zusätzliche Stellen nötig sein.“

– Hört, hört! –

„Da die Schülerzahlen ab 2008/2009 spürbar zurückgingen, seien aber keine neuen Planstellen nötig, stellte Schäfer klar. Mit dem Finanzminister sei aber Einvernehmen hergestellt worden, dass bis 2013 statt der von ihm vorgesehenen Einsparung von insgesamt 28.000 Jahresstellen höchstens 16.000 gestrichen werden können.“

Das ist damals aus Ihrer Sicht sicherlich ein Erfolg gewesen. Aber, Frau Schäfer, wo bleiben Sie denn da, wenn Sie sehen, dass FDP und CDU bis zum Schuljahr 2009/2010 über 6.900 zusätzliche Lehrerstellen oder Lehrerstellenäquivalente geschaffen haben?

(Zustimmung von Ralf Witzel [FDP])

Das sind 500 mehr – das ist eine stattliche Zahl –, als im Koalitionsvertrag festgelegt.

(Beifall von FDP und CDU)

Da haben Sie allseits gesagt, draußen im Land und Sie hier: Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das werden Sie nicht schaffen. – Das werden wir nicht nur schaffen, wir haben uns dabei selbst um 500 zusätzliche Lehrerstellen und -äquivalente überholt. Das ist ein grandioser Erfolg.

(Beifall von FDP und CDU)

7.000 plus im Vergleich zu 16.000 minus, das sind nach Adam Riese immer noch 23.000 Stellen mehr. Darauf können wir wahnsinnig stolz sein. Und die Schulen im Land sollen sich freuen, dass

es jetzt eine FDP/CDU-Regierung gibt und nicht mehr die frühere Regierung aus SPD und Grünen.

(Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE] und Sylvia Löhmann [GRÜNE])

– Sie sollten sich das sorgfältig überlegen, wenn Sie eine Debatte zum Unterrichtsausfall führen. Den haben wir inzwischen schon um mehr als 40 % minimiert. Stellen Sie sich einmal vor, wo der Unterrichtsausfall gelandet wäre, wenn Sie die 16.000 Stellen abgebaut hätten und noch dazu 7.000 nicht dazugekommen wären!

(Beifall von FDP und CDU)

Dann wären wir bei einem Minus von 23.000! Das wäre eine Katastrophe für dieses Land!

(Ralf Witzel [FDP]: Das wäre ein Horror gewesen!)

– Wirklich! Das wäre absolut an die Substanz der Arbeitsfähigkeit der Schulen in diesem Land gegangen. Von daher ist das ein wirklicher Feiertag und Festtag, an dem man sagen kann: 6.900 zusätzliche Lehrerstellen! Diese Zahl kann sich weiß Gott sehen lassen. Wir übertreffen damit wirklich unsere eigenen ehrgeizigen Ziele. Das ist der Unterschied.

(Beifall von FDP und CDU)

Es wird laufend weitere Verbesserungen im Schulsystem geben. Die Schulen haben bessere Arbeitsmöglichkeiten, bessere Rahmenbedingungen. Sie sollen sich entfalten und entwickeln, aber unter exakten Rahmenbedingungen, die für alle Schulen im Land gelten. Denn wir wollen Qualität fördern. Wir wollen nicht nivellieren. Wir wollen bessere Ergebnisse, keine schlechteren. Das wird möglich auch mit diesem Gesetzentwurf und mit dem Erlass, der ihm folgt. Wir werden sehen, wie die Schullandschaft in diesem und in den nächsten Jahren aufblühen wird. – Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Herr Link, wollen Sie noch Ihre Frage stellen?

(Sören Link [SPD]: Hat sich erledigt!)

– Das hat sich erledigt. Das können ja vielleicht die nächsten Redner aufnehmen.

(Unruhe – Ralf Witzel [FDP]: Der will doch nichts lernen!)

Als Nächste ist Frau Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war besser so, Herr Link. Gleich kommt Fußball, dann kann man sich wieder abreagieren. Man muss das ganze Theater hier ja nicht verlängern. Noch mehr davon hätten wir kaum ertragen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten heute über das dritte Schulrechtsänderungsgesetz. Der Inhalt des Gesetzes ist genauso trocken und formalistisch wie dieser Titel. Was am wenigsten drinsteckt, das ist in der Tat eine wirklich umfassende Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Schule.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist nur ein müder und geradezu schlechter Abklatsch der erfolgreichen rot-grünen Arbeit zum Modellvorhaben „Selbständige Schule“. In der Anhörung haben wir das mit den Voten der Beteiligten auch sehr deutlich zu hören bekommen: Dieses rot-grüne Modellvorhaben war eine Erfolgsgeschichte. Einer der Schulleiter hat formuliert: Es ist das Beste, was mir in der Schulgeschichte jemals passiert ist.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel mag darüber lachen. Das zeigt seine Einschätzung von Schulrealität und seine Realitätsferne. Er ist zu qualitativen Diskussionen ja auch nicht in der Lage.

Es gab da wirklich mal Bestnoten, und nicht nur Bestnoten für Überschriften, sondern Bestnoten für Schulrealität, für die Realität des Modellvorhabens. Das ist der entscheidende Unterschied zu den Überschriften, die Sie abfeiern, wo nichts hintersteckt.

Für uns Grüne ist das eine besonders gute Rückmeldung und Bestätigung; denn wir haben das Modellvorhaben in die rot-grüne Koalition eingebracht und dort verankert. Mit dieser Erfolgsstory ist auch verbunden, dass es nicht nur um ein Verwaltungsprojekt geht, worauf Sie das jetzt reduzieren, sondern um Folgendes: erstens Unterrichtsentwicklung, zweitens Unterrichtsentwicklung, drittens Unterrichtsentwicklung. Die Dienst-vorgesetztenfunktion von Schulleiter/-innen ist nämlich kein Selbstzweck, sondern steht genau in dieser dienenden Funktion. Dazu gehört noch ein anderes Element, wenn eine lernende Organisation funktionieren soll: Zur Notwendigkeit für eine erfolgreiche Schulentwicklung gehört ein entsprechend aufgestellter Lehrerrat. Das ist nötig, damit Schulleitung und Lehrerrat gemeinsam im Co-

Management erfolgreich in der Selbstständigen Schule arbeiten können.

In Ihrem Gesetzentwurf mangelt es in diesem Zusammenhang an vielen Stellen. Sie bleiben auf einer formalistischen Ebene hängen und arbeiten dabei auch noch Schmalspur. Sie bekommen es noch nicht einmal geregelt, die Rechtsverordnung vorzulegen, die immer wieder angemahnt worden ist. Für die Lehrerräte stellen Sie gerade einmal zwei Stunden zur Verfügung. Diese zwei Stunden müssen die Lehrerräte dann auch noch aus dem knappen Entlastungstopf ziehen, aus dem alle Kollegen und Kolleginnen auch ihre Entlastung zum Beispiel für Schulentwicklungsarbeit beziehen müssen.

Ich zitiere jetzt einmal aus dem Ergebnisbericht des Teilprojektes „Selbstständigkeit und Partizipation“, den das Modellvorhaben gemeinsam mit dem DGB aufgelegt hat. Dort hätten Sie eigentlich nachlesen können, welche Ressourcen wirklich benötigt werden. Darin steht nämlich sehr deutlich: Vorsitzende der Lehrerräte müssen allerdings erheblich mehr Zeit für ihre Tätigkeit aufbringen als zwei Stunden, weil sie Gespräche mit Schulleitungen führen müssen. – Die Lehrerräte an Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen gaben an, dass sie durchschnittlich bis zu vier Stunden pro Woche mit Lehrerratstätigkeit befasst sind. Aber diese Evaluation und die Ergebnisse des Teilprojekts haben Sie beiseite gewischt und daraus Ihre Schmalspurfassung gemacht.

Von dieser Anforderung ist der Gesetzentwurf also weit entfernt. Im Schulausschuss haben wir von der FDP ja auch in beispielhafter Weise gehört, wie sie Mitbestimmung einordnet. Die Kollegin Pieper-von Heiden meinte in Bezug auf die knappen Ressourcen sinngemäß, es gehe im Lehrerberuf so viel mit ehrenamtlicher Tätigkeit, dann müsse das in diesem Bereich auch so gehen. – Das ist Ausweis wahrer Liberalität und Rechtsverständnis. Mitbestimmung als ehrenamtliche Tätigkeit, das ist eine ganz neue Qualität, die Sie in die Diskussion eingebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jenseits all dieser Fragen vernachlässigen Sie in Ihrem schmalen Gesetzentwurf aber auch noch andere Bereiche. Dabei geht es nicht nur darum, dass Sie nicht sicherstellen, dass die Schulleitungen vor Übernahme der Dienstvorgesehtenfunktion entsprechend qualifiziert werden. Nein, Ihre Versprechen von Eigenverantwortlicher Schule sind wieder einmal nicht die Bohne wert.

Ich muss zugeben, Frau Ministerin, dass ich mich bei Ihrer Pressemitteilung vom 17. Juni ein biss-

chen amüsiert habe. Offensichtlich mussten Sie dem dauernden Argumentieren ein bisschen nachgeben und ein Element vermeintlicher pädagogischer Innovation und Selbstständigkeit unterbringen. Aber wenn man das abklopft, hält es natürlich nicht, was es verspricht. Der Kollege Link hat gerade schon darauf hingewiesen, was für ein überbordender Apparat das ist – diese neuen Schulkonferenzen –, der im Prinzip überhaupt nichts zu bestimmen hat. Wir wissen ganz genau, welche Zwangsmaßnahmen es in dieser Schullandschaft gibt.

Die Kolleginnen und Kollegen brauchen diese Schulentwicklungskonferenz nicht. Die haben ihre pädagogischen innovativen Ideen längst auf Lager. Lassen Sie doch endlich los! Lassen Sie sich die pädagogische Souveränität in den Schulen endlich wirklich ausleben! Dann hätten Sie in dieser Landschaft etwas geschafft.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Toll fand ich diese Nachricht auch, weil ich dachte, dass darin viel mehr stecken könnte: Schulleitungen und Schulträger dürfen die geltenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen mit ihren innovativen Vorgaben überschreiten. – Ich habe mich gefragt, ob das das Signal für Horstmar und Schöppingen ist: dass man Schule anders bauen kann? Das wäre ja mal eine Nachricht! Wenn das drinstecken würde, dann hätten Sie in dieser Landschaft wirklich etwas geleistet. Aber ich vermute, dass auch das nicht unter dieser Tarnkappe steckt.

In unserem Entschließungsantrag haben wir deshalb noch einmal aufgeschrieben, was wir unter einem umfassenden Konzept verstehen und welche Elemente Sie berücksichtigen müssen, wenn Sie Selbstständige Schule wirklich in die Fläche bringen wollen.

Ich bin mir in einem sicher, Frau Ministerin: dass die Schulen, die erfolgreich im Modellvorhaben Selbstständige Schule gearbeitet haben, die erfolgreich in regionalen Bildungsnetzwerken gearbeitet und diese entwickelt haben, sich ihre pädagogische Souveränität auch von Ihnen nicht mehr nehmen lassen werden. Und das stimmt mich froh!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Beer. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Schulministerin Sommer. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich greife ein Stichwort aus der Rede von Frau Beer auf. Beginnen wir mit Bestnoten: Vor wenigen Wochen hat eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft Nordrhein-Westfalen in der Schulpolitik eine überdurchschnittliche Reform- und Innovationstätigkeit bescheinigt.

Dazu habe ich seinerzeit gesagt: Dieser Spitzenplatz ist für uns Motivation, gerade in den Bereichen, die noch ausgestaltet werden können, tätig zu werden. Dabei handelt es sich zum einen um den Ganzttag und zum anderen um die Selbständige Schule.

Eigenverantwortlichkeit von Schule ist ein Qualitätsmerkmal innovativer Bildungssysteme. Deshalb setzen wir auf mehr Eigenverantwortlichkeit aller Schulen im Land, nicht nur auf die Freiheit weniger Schulen wie im Modellversuch Selbständige Schule. Wir wollen mehr pädagogische Freiheit, mehr Verantwortung vor Ort und – Sie haben Recht, Herr Link – weniger Detailsteuerung von oben.

Deshalb stellen wir mit dem Erlass „Mehr Freiräume für innovative schulische Vorhaben“ die Weichen jetzt neu. Eigenverantwortliche Schulen brauchen Freiheit. Dann tragen sie Dynamik ins System. Eigenverantwortliche Schulen brauchen darüber hinaus starke Schulleitungen, die gute pädagogische Ideen im Team voranbringen.

In dem zu beratenden Gesetzentwurf schaffen die Regierungsfraktionen die Voraussetzungen für die Übertragung weiterer personalrechtlicher Befugnisse auf die Schulleiterinnen und Schulleiter. Allen Schulleitungen werden ab dem 1. August in einem Zeitraum bis 2012 erweiterte Dienstvorgesetztenrechte übertragen. Der Umfang dieser Übertragung ist im Vorfeld mit den Lehrerverbänden abgestimmt worden. Den genauen Termin der Übernahme innerhalb dieses Zeitraums können die Schulen selbst bestimmen. Damit bleibt hinreichend Zeit für eine individuelle Vorbereitung und Fortbildung auf die neuen Aufgaben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Für die Bewältigung dieser Aufgaben der Personalverwaltung wird für die Schulleitungen ein unterstützendes sogenanntes verwaltungsfachliches Backoffice auf der Ebene der Schulämter und Bezirksregierungen eingerichtet. Aufgaben des Backoffices sind zum Beispiel die Vorbereitung von Unterlagen wie Arbeitsverträge, Verlängerung der Probezeit, Verbeamtung, Kündigung.

Wie ich sagte, brauchen eigenverantwortliche Schulen starke Schulleiter. Sie brauchen aber auch das Miteinander im Kollegium. Deshalb werden die Beteiligungsrechte der Lehrkräfte vom örtlichen Personalrat auf die Ebene der einzelnen Schule, und zwar auf den Lehrerrat, verlagert.

Zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den kommunalen Spitzenverbänden besteht Einvernehmen darüber, dass von uns zur Ermittlung der genauen Kostenfolgen eine externe Evaluation in Auftrag gegeben wird. Die Evaluation wird sich ab dem 1. Februar 2009 über einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken.

Die Auswahl des Gutachters und die Beauftragung erfolgen im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Ich freue mich, dass die Ermittlung der Kostenfolgen für die Kommunen damit auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden konnte.

Meine Damen und Herren, ich sagte es: Dynamik braucht Freiheit. Engagierte Menschen, die Gestaltungsräume haben, nutzen diese für die Entwicklung neuer Ideen, für die Verbesserung des Bestehenden und für Innovation.

(Beifall von der CDU)

Ich habe heute Morgen mit dem Zitat eines großen Staatsmanns begonnen. Ich werde mit dem Zitat eines weiteren großen Staatsmanns schließen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Übernehmen Sie sich nicht!)

Er hat gesagt: Mehr Demokratie wagen! – Ich wandle diesen Aufruf um und fordere alle Schulen in Nordrhein-Westfalen auf: Mehr Verantwortung wagen! – Guten Abend!

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nicht mit diesem Gesetz!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Schäfer von der SPD-Fraktion.

Ute Schäfer^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte Sie nicht vom Fußballabend ab; ich habe nur noch eine Minute. Aber diese Minute möchte ich nutzen, um zweierlei zu sagen.

Sie haben als schwarz-gelbe Landesregierung die Vorgaben für die dezentrale Steuerung übernommen. Sie haben das Modellprojekt „Selbständige Schule“ übernommen. Sie haben Lernstandserhebungen übernommen. Sie haben zentrale Prü-

fungen übernommen. Sie haben -als Beschlusslagen, als Vorbereitung – Bildungsstandards und

(Unruhe – Glocke)

Kerncurricula übernommen: all die Dinge, die für die dezentrale Steuerung angelegt waren.

Herr Kaiser, ich nehme Ihnen persönlich ausdrücklich ab, dass Sie diesem Projekt eine hohe Priorität einräumen und dass Sie es nach vorne bringen wollen. Das glaube ich Ihnen unbesehen. Sie kommen aus Arnsberg. Ich kenne Herrn Vogel. Das ist wirklich wahr.

Nur, eines muss man zu diesem Zeitpunkt, hier und heute, feststellen – auch die Frau Ministerin hat noch einmal „Mehr Verantwortung wagen!“ gesagt –: Frau Ministerin, Sie sind die für dieses Ministerium verantwortliche Frau. Sie hätten alle Möglichkeiten gehabt, die Fäden in der Hand zu behalten und dies auch zu tun.

Ich sage Ihnen, wo der Hemmschuh sitzt: eine Reihe hinter Ihnen. Nach der Einschätzung dessen, was ich im Lande höre und sehe, und der Art und Weise, wie er arbeitet, ist der Staatssekretär im Schulministerium derjenige, der die Blockade aufrechterhält und dieses Projekt sich nicht weiterentwickeln lässt.

Ich bitte Sie, einmal ganz intensiv nachzuschauen, was Sie mit Ihrer Kompetenz als Ministerin machen können, damit dieses Projekt nicht, wie jetzt die Gefahr besteht, vor die Wand läuft. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Kollege Dr. Hachen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der bisherigen – wie ich denke – detailliert geführten Debatte und angesichts des bevorstehenden Großereignisses von nationaler Bedeutung möchte ich mich, anders als meine Vorredner – ausgenommen Frau Schäfer –, kurz fassen. Dabei möchte ich auch nicht auf die letzten Bemerkungen von Frau Schäfer zum Staatssekretär eingehen. Ich denke, dazu sollte sich jeder seine Gedanken machen.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte nur allgemein einige Worte zur Opposition sagen. – Herr Link, Sie haben uns in der ersten Lesung unterstellt, wir wollten eigentlich

keine selbstständigen Schulen und kein Mehr an pädagogischen Freiheiten.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Frau Löhrmann, die gerade wieder dazwischenruft, hat sogar von einer „drittklassigen Beerdigung eines guten Modellvorhabens“ gesprochen. Der vorliegende Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen argumentiert in dieselbe Richtung.

All das lässt die natürlich auf dem Verordnungsweg zu regulierenden Inhalte konsequent und interessengeleitet außer Acht. Herr Link hat eben einige Bemerkungen dazu gemacht. Das nehme ich ausdrücklich aus.

Mit dem von Frau Sommer vorgestellten Runderlass haben jetzt alle Schulen unbürokratisch die Möglichkeit, weitere innovative Vorhaben, auch in der Unterrichtsorganisation und in der Unterrichtsgestaltung, durchzuführen, die weitgehend identisch sind mit den Möglichkeiten der bisherigen Modellschulen.

Ausgenommen sind davon lediglich die von der alten Landesregierung eingeräumten Möglichkeiten, auch von den Regelungen zur Leistungsbeurteilung und zur Ausgestaltung von Abgangs- und Abschlusszeugnissen abzuweichen. Diese Möglichkeiten lehnen wir ab, weil im Interesse der betroffenen Schüler an den Qualitätsstandards nicht gerüttelt werden darf. Über die Lebenschancen von Schülern entscheidet letztendlich die von ihnen erworbene Qualifikation und nicht eine irgendwie angepasste Note.

Übrigens ist Frau Ministerin Sommer bei dem Aufregetherma Zentralabitur den richtigen Weg gegangen, indem sie nicht die von Frau Schäfer vorgeschlagene Möglichkeit gewählt hat, die Abiturnoten anzupassen und anzuheben. Der Weg einer fairen zweiten Chance ohne Abrücken von den Qualitätsstandards stellt sicher, dass zwar kein Schüler benachteiligt wird, aber die Qualität und die gesellschaftliche Anerkennung des Abiturs erhalten bleiben.

Frau Sommer hat eben schon erwähnt, dass das Institut der Deutschen Wirtschaft der Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittliche Innovationsfähigkeit und Innovationstätigkeit bescheinigt hat. Der gestalterische Wille, den Sie uns in Ihrem Entschließungsantrag absprechen, ist also bei objektiver Sicht der Dinge sehr wohl vorhanden. Mit der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Schulen setzen wir diesen Weg konsequent fort. – Damit danke ich Ihnen für's Zuhören und wünsche Ihnen allen ein sportverbunde-

nes Vergnügen mit dem richtigen Ende für uns. –
Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hachen. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens lasse ich über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/6978** abstimmen. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 14/6678 unverändert anzunehmen. Wer ist für diese Annahme? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand? – Niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/7047**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Nein. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/7048**. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Grüne und SPD. Wer ist dagegen? – FDP und CDU. Enthält sich jemand? – Nein. Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 14.

Wir kommen zu einer Zwischenbemerkung, und zwar zu einer Rüge.

(Zurufe von der CDU: Oho! – Unruhe)

Es trifft nicht nur Bundestrainer. Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, folgende **Rüge**: Sie betrifft den Kollegen Abgeordneten Rüdiger Sagel.

(Beifall von der CDU – Unruhe)

Er hat nämlich in der gestrigen Plenarsitzung

(Zuruf von Christof Rasche [FDP] – Zurufe – Beifall von der CDU)

im Rahmen von TOP 6 „Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2008)“ während einer Rede von Herrn Minister

Dr. Linssen den Zwischenruf „Stasi-Taktik“ getätigt. Solche Formulierungen sind unparlamentarisch und müssen daher gerügt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

15 Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/6152 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Drucksache 14/6979

zweite Lesung

Auch wenn es vielen schwerfällt, eröffne ich die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion nun Herrn Prof. Dr. Sternberg das Wort.

Ich bitte, dass die Kolleginnen und Kollegen ihm zuhören. Ich weiß, der Abend neigt sich dem Ende zu. Kollege Sternberg hat sich vorbereitet und wird sich kurz und knapp fassen. Wir freuen uns dann alle auf den anschließenden Abend. Bitte schön, Herr Kollege Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der zu erwartenden Medienereignisse nur eine kurze Bemerkung, obwohl es eigentlich ein ganz wichtiges Thema ist. Wir haben hier am 20. Februar über das Thema, das heute zur Rede steht, gesprochen, nämlich dass künftig unsere Akademie der Wissenschaften Akademie der Wissenschaften und Künste heißen wird.

Uns liegt ein Gesetzentwurf vor, der breiteste Zustimmung gefunden hat, auch in der Anhörung. Der so plötzlich verstorbene Rektor der Folkwang-Hochschule, Pfeffer, hat als Fazit seiner Stellungnahme gesagt: „Ich befürworte uneingeschränkt die Änderung und die Ergänzung des Gesetzes.“ Ich bitte Sie, diesem Votum zu folgen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Apel-Haefs.